Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Stark befürchtet, dass bei Abdeckung der Beratungsleistungen durch die Mitarbeiter einige Dienste der Verwaltung nicht mehr aufrecht erhalten werden können, unter anderem auch die Ausführung von Aufträgen aus der Politik an die Verwaltung.

Herr Nipken weist darauf hin, dass der von der UWG-Fraktion angesprochene Bereich "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz" lediglich einen Ansatz von 172.920 € im Haushaltsplan ausweist. Hierzu gehören u.a. 58.850 € für die Prüfung durch das GPA und der Jahresabschlüsse und ca. 20.000 € für die Prüfung der Hallendächer auf Standsicherheit wegen Schneelasten.

Frau Gottlieb macht klar, dass viele Leistungen, die von Fachingenieuren durchgeführt werden, nicht von Mitarbeitern der Stadt erledigt werden können, da die diesbzgl. Ausbildung fehlt (Technische Gebäudeausrüstung, Statik, Brandschutz, Lärmschutz, Vermessung etc.). Zumal bestätigt sie Herrn Starks Befürchtung, dass Aufträgen der Politik nicht mehr nachgekommen werden kann.

Es folgt nun die Abstimmung.